

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 spbn d

## Inhalt

Joachim Schmolcke MdL zur Haltung des Freistaates Bayern gegenüber Südafrika: Mahnung für kritischen Lehrer.

Seite 1

Dr. Uwe Holtz MdB weist auf eine Veranstaltung der SPD mit beiden großen Kirchen zur Entwicklungspolitik hin: „Gemeinsam das Überleben sichern“.

Seite 3

Peter Conradi MdB zur Kritik der rheinischen Denkmalschützer an den Umbauplänen des Bundestages: Das Bundeshaus ist kein Museum.

Seite 4

Christa Meier MdL wirft CSU-Chef Strauß vor, die Landeszentrale für politische Bildung in Bayern zu mißbrauchen: Bildungsinstitution darf keine Agitationszentrale sein.

Seite 6

41. Jahrgang / 48

11. März 1986

### Südafrika und die bayerischen Schulen

Ein kritischer Lehrer wird ermahnt, während ein Lehrbeauftragter die Apartheid verteidigen darf

Von Joachim Schmolcke MdL

Ein bayerischer Lehrer, der Apartheid-Gegner ist, wird gemäßregelt, ein Lehrbeauftragter kann – bisher unbeanstandet – die Apartheid befürworten. Dies ergibt sich aus zwei Fällen, die ich jetzt im Bayerischen Landtag zur Sprache gebracht habe.

Einem Lehrer am Erdinger Gymnasium wird offenbar ein Maulkorb umgehängt, weil er im Unterricht die Zustände des Apartheid-Regimes in Südafrika anprangert. Vom Kultusministerium will ich nun wissen, ob bekannt ist, daß die Schulleitung dieser Lehrkraft wiederholt verboten hatte, im Unterricht gegen die Apartheid Stellung zu nehmen. Weiterhin ist zu klären, ob es zutrifft, daß die Schulleitung der Lehrkraft wegen der Problematisierung des Verkaufs der Goldmünze „Krüger-Rand“ eine Geschäftsschädigungsklage durch die örtliche Kreis- und Stadtparkasse in Aussicht gestellt hat. Billigt es das Staatsministerium, daß die Schulleitung einem Lehrer verbietet, gegen die Apartheid Stellung zu nehmen?

Die ganze Sache wurde ruchbar, nachdem Schüler des Erdinger Gymnasiums ihren Lehrer um eine Antwort darüber gebeten hatten, warum denn die Erdinger Kreis- und Stadtparkasse den „Krüger-

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kommunistischer Druck  
mit dem Zeichen  
Kommunistischer Druck



Rand" verkaufe. Sie erinnerten an kirchliche Äußerungen, die gegen den Verkauf der südafrikanischen Goldmünzen Bedenken erhoben hatte. Der Lehrer entgegnete darauf, er verurteile den Rassismus in Südafrika.

Diese Stellungnahme brachte dem Pädagogen eine Ermahnung seitens der Schulleitung ein. Wie vereinbart sich dieses Verbot mit dem Erziehungs- und Unterrichtsgesetz und den obersten Erziehungszielen Toleranz, Achtung der Menschenwürde, Eintreten für die Rechte anderer?

In einem anderen Fall zum Thema „Südafrika“ ist aber das Kultusministerium weit mehr gefordert, nämlich um gegen rassistische Äußerungen eines Lehrbeauftragten der Münchner Fachhochschule einzuschreiten. Dieser gab am 21. November vergangenen Jahres im Raum B<sub>4</sub>153 der Niederschrift eines Studenten zufolge folgenden „geistigen Erguß“ von sich:

„In Südafrika herrschen demokratische Verhältnisse... Südafrika war ein unbewohntes Land. Es waren die Buren, die es zuerst bevölkert haben. Und dann haben sie sich die Neger als Gastarbeiter ins Land geholt, vergleichbar unseren Gastarbeitern. Es ist vollkommen klar und rechtens, daß sie deshalb politisch in diesem Land nichts zu sagen haben... Ansprüche auf irgendwelche staatsbürgerlichen Rechte haben sie keine.“

Eigentlich nichts Neues, könnte man fast sagen. Denn von diesem Lehrbeauftragten, dem 46 Jahre alten Münchner Oberstudiendirektor und promovierten Historiker Otto Freundl hörte man schon öfters eigenartige Töne. Daß er historisch einäugig, politisch einseitig und dem Südafrika-Freund Franz Josef Strauß eng verbunden ist, stellte er erst kürzlich als Autor in einer Broschüre der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit zum Thema „Friedens- und Sicherheitspolitik“ unter Beweis. Zitat: „Willy Brandt ist einer der einflußreichsten und umstrittensten deutschen Politiker. Seine Vergangenheit wird ihm immer wieder als Belastung für heute vorgehalten. Brandt wandelte sich vom harten Antikommunisten... zu einem kooperationswilligen, die noch vorhandenen grundsätzlichen Unterschiede nicht betonenden Entspannungspolitiker.“ Strauß würdigte dieser Lehrbeauftragte hymnisch als „erklärten Gegner der Nazis“ und „gefürchtet als Analytiker“.

Ist dieser Lehrbeauftragte den Studenten der Münchner Fachhochschule noch zumutbar? Bräuchte dieser nicht selbst politischen Nachhilfeunterricht? Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um der durch diese Äußerungen bewirkten Diskreditierung der Fachhochschule entgegenzuwirken?

(-/11.3.1986/rs/fr)

\* \* \*



„Gemeinsam das Überleben sichern“

Zum ersten Mal führt die SPD mit beiden großen Kirchen eine  
Veranstaltung zur Entwicklungspolitik durch

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Für den 13. März 1986 lädt die SPD zu einer öffentlichen Veranstaltung zu dem Thema „Gemeinsam das Überleben sichern“ in das Erich-Ollenhauer-Haus in Bonn ein. Diese Veranstaltung findet im Rahmen des Dialogs statt, den die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung seit vielen Jahren mit der SPD und den anderen im Bundestag vertretenen Parteien sowie den großen gesellschaftlichen Gruppen führt.

Für die SPD ist es das erste Mal, daß sie in diesem Rahmen mit den beiden großen Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland eine öffentliche Veranstaltung durchführt. Sie ist für uns Sozialdemokraten von großer Bedeutung:

1. Die Grundsatzkritik an der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt nimmt zu; dieser Herausforderung müssen wir uns stellen.
2. Die Kirchen spielen als Nichtregierungsorganisationen bei der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit den Partnern in der Dritten Welt und bei der Bewußtseinsbildung hier eine herausragende Rolle.
3. Im Hinblick auf die Programmdiskussion muß uns Sozialdemokraten daran gelegen sein, unsere weltwirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Vorstellungen mit gesellschaftlichen Gruppen und den Kirchen zu diskutieren, um zu tragfähigen Konzeptionen zu kommen.

SPD und Kirchen sind übereinstimmend der Ansicht, daß eine neue Qualität der Nord-Süd-Politik erforderlich ist. Neben den Fragen von Krieg und Frieden geht es vor allem darum, wie man den Hunger in der Welt besiegen und die herausfordernden Ungleichheiten zwischen Nord und Süd überwinden kann. Daher soll in dem Gespräch versucht werden, die Verantwortung der Industrieländer und ihrer Wirtschaftspolitik für eine leistungsfähige, gerechte und solidarische Weltwirtschaft herauszustellen. Zum anderen sollen Pfade einer zukunftsorientierten Entwicklungspolitik gesucht werden, die zu einer eigenverantwortlichen sich selbst tragenden, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Dritten Welt führen können.

Das Gespräch, das vornehmlich um die Problematik „Weltwirtschaft und die Armut in der Dritten Welt“ gehen wird, ist von großer Bedeutung für die SPD.

Die Hauptreferate werden Günter Linnenbrink, der Vizepräsident im Landeskirchenamt der Evangelisch-Lutherischen Kirche Hannover, Bischof Franz Kamphaus, Vorsitzender der Deutschen Kommission Justitia et Pax, und der SPD-Vorsitzende Willy Brandt halten. Im Mittelpunkt der Diskussion der beiden Gesprächsforen stehen einmal die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und zum anderen die zukunftsorientierte Entwicklungspolitik.

(—/11.3.1986/rs/fr)



**Das Bundeshaus ist kein Museum**

Zur Kritik der rheinischen Denkmalschützer an den Umbauplänen des Bundestages

Von Peter Conradi MdB  
Mitglied der Bundestags-Baukommission

(1)

Das Bundeshaus ist kürzlich in die Denkmalliste eingetragen worden. Vierzig Jahre lang hat sich das Rheinische Amt für Denkmalpflege nicht um den Bundestag gekümmert. Schon 1960 beklagte Adolf Arndt in seiner berühmten Rede „Demokratie als Bauherr“, er sähe „in den Anbauten und Umbauten des Bonner Bundeshauses durch die Bundesbaudirektion das Elendeste, was man sich nach 1945 leistete“. Die rheinischen Denkmalpfleger haben diese verunstalteten An- und Umbauten nicht nur zugelassen, jetzt wollen sie jenes wirr und billig aneinandergestückelte Gehäuse (Adolf Arndt) insgesamt als Denkmal schützen.

Ohne Zweifel ist die „Bauhaus-Architektur“ der ehemaligen Pädagogischen Akademie denkmalwürdig. Das gleiche gilt für den 1949 in wenigen Monaten gebauten Plenarsaal, der ein bauliches Symbol unserer parlamentarischen Demokratie geworden ist. Wer darüberhinaus die später angefügten Bauteile – Kenner sprechen von den „Vereinigten Hüttenwerken zu Bonn“ – zum Baudenkmal erklärt, macht sich lächerlich.

(2)

Das Bundeshaus entspricht nicht den Arbeitsbedürfnissen des Parlaments. Es hat keinen vernünftigen Eingang: Abgeordnete, Gäste und Besucher werden über Dienstbotenzugänge, Hintertreppen und enge Gänge zum Plenarsaal geführt. Der Bundestag hat den weit über die Bundesrepublik hinaus bekannten Architekten Günter Behnisch mit der Planung eines Eingangsbauwerks beauftragt. Behnischs Entwurf ist nobel und zurückhaltend und paßt sich der Bauhaus-Architektur der einstigen Pädagogischen Akademie gut an. Die Pläne für den Eingangsbau sind der Öffentlichkeit seit 1984 bekannt. Es mag sein, daß der Entwurf den Denkmalpflegern nicht gefällt. Vielleicht wären einige von ihnen besser Architekten oder Architekturkritiker geworden.

(3)

Der Plenarsaal des Bundestages muß umgebaut werden. Es war der Kölner Regierungspräsident, der den Bundestag nachdrücklich ermahnte, das provisorische Bauwerk von 1949 – damals dachten die Volkvertreter noch, nach einigen Jahren des Provisoriums würden sie bald zurück in den Berliner Reichstag ziehen – endlich den Brandschutz- und Sicherheitsvorschriften anzupassen. Da war sogar von einer „Schließung“ die Rede. Es ist schon eigenartig, wenn nun eine andere rheinische Behörde die Notwendigkeit dieses Umbaus bestreitet. Der Karneval ist doch längst vorüber?

Der Bundestag will den Charakter des Plenarsaals erhalten, er muß nach dem Umbau wieder erkennbar sein. Gleichwohl müssen wir ihn verändern, nicht nur aus baustatischen und konstruktiven Gründen. Wir wollen nicht länger bei Kunstlicht tagen, sondern bei Tageslicht; die Lichtdecke wird den Maßen der alten Decke entsprechen. Und wir werden eine kreisförmige Sitzordnung bauen, die der parlamentarischen Rede und Gegenrede besser entspricht als der jetzige Vorlesungssaal.

(4)

Es ist ein Irrglauben vieler Denkmalpfleger unserer Zeit, alte Gebäude unverändert erhalten zu wollen. In früheren Jahrhunderten wurden alte Gebäude immer wieder nach den sich wandelnden Vorstel-



lungen und Bedürfnissen ihrer Bauherren umgebaut. So sind diese Bauten von Generation zu Generation weitergegeben worden, nicht als Museumsstücke, sondern als lebendige Bauwerke, die sich jede Generation neu aneignet, „um sie zu besitzen“. Der Denkmalbegriff der rheinischen Denkmalschützer ist dagegen leblos – so denken Museumswärter.

(5)

Ein Blick in das Gesetz fördert den Sachverstand. Baudenkmale sind nicht unveränderbar. In Paragraph 9 (Denkmalschutz G NW) Absatz 2 heißt es „Die Erlaubnis (für eine bauliche Veränderung) ist zu erteilen, wenn ... ein überwiegendes Interesse die Maßnahme verlangt.“

Wer bestimmt das überwiegende Interesse bei den Bauten des Deutschen Bundestags? Will das Rheinische Denkmalamt dem Parlament vorschreiben, was in seinem Interesse liegt? Die Vorstellung, ein Amt der Exekutive habe dem Parlament zu erklären, was im öffentlichen Interesse liege, im Klartext: die rheinischen Denkmalpfleger bestimmen, was der Bundestag zu seiner Funktionserfüllung braucht, zeugt von einem eigenartigen Demokratieverständnis.

Niemand bestreitet dem Amt das Recht, seine Bedenken und Anregungen gegen die geplanten Umbauten des Bundestags vorzubringen. Das ist seine Pflicht. Aber es ist nicht Sache eines Denkmalamts festzulegen, was für die Aufgabenerfüllung des Parlaments notwendig ist. Das kann allein der Bundestag.

Deshalb hat der nordrhein-westfälische Bauminister Zöpel recht, wenn er feststellt, „die mit den geplanten Um- und Erweiterungsbauten verbundenen Ziele, die Funktionsfähigkeit des Bundestages zu verbessern und das Bundeshaus städtebaulich in das Parlaments- und Regierungsviertel einzubinden, sind öffentliche Interessen von besonders hohem Rang. Das Baudenkmal Bundeshaus ist ein ‚lebendes‘ Bauwerk, in dem bauliche und funktionelle Unzulänglichkeiten beseitigt werden sollen. Dabei sollen neue Formen der parlamentarischen Selbstdarstellung möglich sein.“ Und an anderer Stelle: „Hinsichtlich der geplanten Um- und Erweiterungsbauten ist es für mich selbstverständlich, daß das Baudenkmal Bundeshaus kein Museum, sondern ein ‚lebendes‘ Bauwerk ist...“.

Es bleibt zu hoffen, daß sich diese Beurteilung des Ministers auch zum Rheinischen Amt für Denkmalpflege durchspricht.

(-/11.3.1986/rs/ks)

\* \* \*



**Strauß mißbraucht Landeszentrale für politische Bildung**

Die zur Überparteilichkeit verpflichtete Institution mußte eine Betrachtung des  
CSU-Chefs veröffentlichen

Von Christa Meier MdL  
Kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

„Die Landeszentrale leistet überparteiliche politische Bildungsarbeit“, ist in den Broschüren, die von der Landeszentrale in München herausgegeben werden, vermerkt. Die Praxis sieht zunehmend anders aus: Die Landeszentrale wird immer öfters von der CSU und von der CSU-Staatsregierung als politische Agitationszentrale mißbraucht. Mal werden, wie Ende letzten Jahres, üble Pamphlete über SPD-Politiker verbreitet. Mal darf sich, wie jetzt, Strauß über seine Sicht der Dinge verbreiten.

Eine neue Broschüre der Bayerischen Landeszentrale enthält eine Betrachtung von Strauß über die „Finanzpolitik im Bundesstaat“. In den Landeszentralen anderer Bundesländer, die dieses Werk jetzt zugestellt erhielten, gibt es darob einigen Unmut. So erklärte die Leiterin der Hamburger Landeszentrale, Helga Kutz-Bauer: „Alle Landeszentralen waren sich bisher darin einig, daß regierungsamtliches Material von den Landeszentralen nicht verteilt, geschweige denn gedruckt wird, denn die Landeszentralen sollen überparteilich sein. Sollte die Landeszentrale Hamburg auch nur eine Rede von Bürgermeister von Dohnanyi zur Bedeutung Shakespeares für das Theater drucken, so wäre uns ein Protest der CDU gewiß.“ Frau Kutz-Bauer weist ausdrücklich darauf hin, daß sie diese Stellungnahme „im Einverständnis mit meinem Vertreter, der der CDU angehört“, abgibt.

Hier geht es um eine grundsätzliche Frage. Es geht darum, ob es der CSU und der CSU-Staatsregierung, die schon so viele öffentliche Institutionen für ihre Interessen einspannen, erlaubt sein darf, nun zunehmend auch die zur Neutralität und Überparteilichkeit verpflichtete Landeszentrale für politische Bildung für ihre Zwecke zu mißbrauchen und als CSU-Propagandainstrument zu benutzen. Ich habe den Vorgang daher parlamentarisch aufgegriffen. In einem Auftrag, den ich zusammen mit acht Kollegen einbrachte, wird die Staatsregierung aufgefordert, „dafür Sorge zu tragen, daß die Bayerische Landeszentrale für politische Bildung sich an die Vereinbarungen mit den Landeszentralen der übrigen Bundesländer hält, regierungsamtliches Material nicht über die Landeszentralen zu verteilen, geschweige denn solches zu drucken.“

Bei der jetzigen Strauß-Broschüre handelt es sich im übrigen um den zweiten Mißgriff der Landeszentrale in kurzem Abstand. Im Dezember erschien ein Werk der Landeszentrale zur „Friedens- und Sicherheitspolitik“. Im Anhang dieser Broschüre, der eine Reihe von Biographien enthält, werden SPD-Politiker, insbesondere Willy Brandt, auf perfide Weise diffamiert - und Strauß schamlos bejubelt.

(-/11.3.1986/rs/ks)

\* \* \*

